



Jahresbericht 2023

Registerstelle zur Erfassung extrem rechter und
diskriminierender Vorfälle in Reinickendorf



Entwicklungen im Überblick

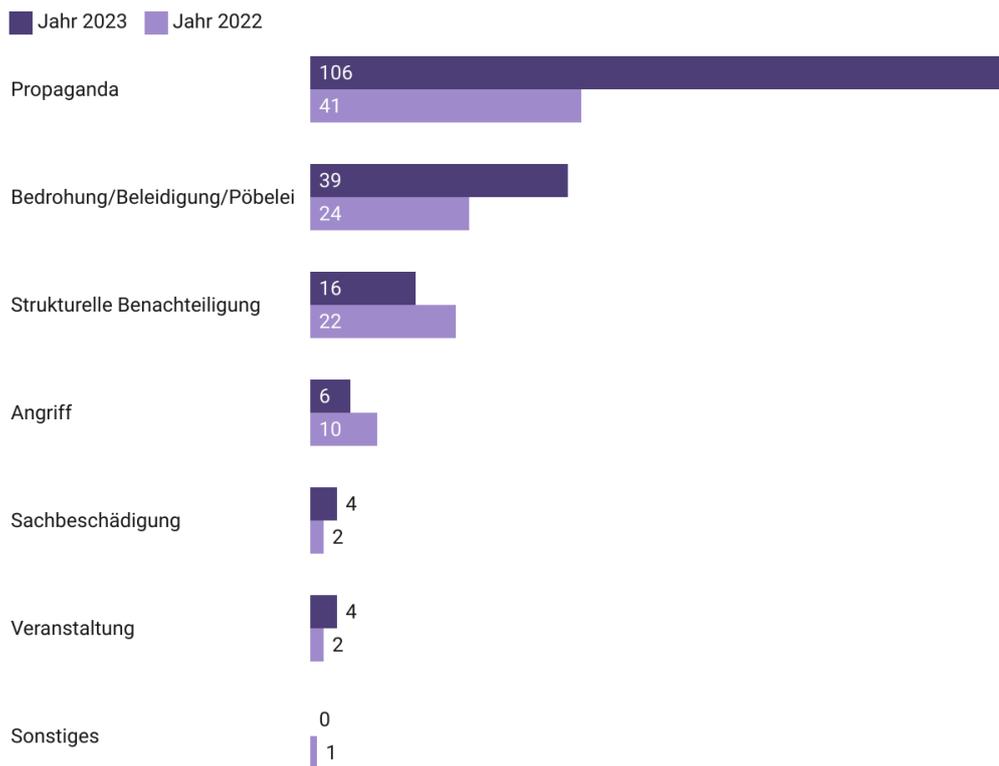
Die Zahl der registrierten diskriminierenden Vorfälle in Reinickendorf ist 2023 deutlich auf 175 Fälle angestiegen (2022: 103). Damit wurde ein neuer Höchststand seit Beginn der Erfassung erreicht (2018: 114). Das Thema Geflüchtete blieb in doppelter Hinsicht wichtig. Im Unterschied zu anderen Bezirken kam es in Reinickendorf erneut zu Mobilisierungen gegen Unterkünfte für Geflüchtete. Außerdem liegen beide Ankunftscentren weiterhin im Bezirk. Eine Besonderheit des Bezirks war außerdem, dass hier die Neonazipartei „Die Heimat“ (ehemals NPD) wieder verstärkt aktiv wurde (16 Vorfälle).

Ein Grund für den **Anstieg der Vorfallszahlen** war, dass die Präsenz des Register im Bezirk erhöht und die Netzwerkarbeit intensiviert werden konnte. Die Zahl der von lokalen Kooperationspartner*innen und Einzelpersonen stammenden Meldungen nahm dadurch zu. Teilweise geht der Anstieg auch auf die gestiegene Zahl der Online-Vorfälle zurück. Die deutliche Zunahme von erfassten Vorfällen im Bezirk spiegelt einen berlinweiten Trend wider. Reinickendorf bleibt daher weiterhin der Bezirk mit den zweitwenigsten Vorfällen gefolgt von Spandau.

Zwei strukturelle Entwicklungen prägten die **flüchtlingsfeindlichen Vorfälle** im Jahr 2023. Zum einen wurde die Zeltstadt auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel für ukrainische Flüchtlinge und andere Asylbewerber*innen zur Dauerunterkunft. Dort kam es weiterhin zu struktureller Benachteiligung. Zum anderen wurden vier Unterkünfte für minderjährige Geflüchtete im Bezirk eröffnet. Anwohner*innen positionierten sich ablehnend und Neonazis organisierten Gegenproteste. Die erstmalige Veröffentlichung der Adressen der Unterkünfte dieser besonders schutzwürdigen Gruppen durch den Senat stellte sich aus Sicht des Registers in diesem Zusammenhang als problematisch heraus.

Vorfallsarten

Der Anstieg der Gesamtzahl ging im Wesentlichen auf die Zunahme von Propaganda zurück. Die Zahl der erfassten Propagandavorfälle, meist Aufkleber im öffentlichen Raum, stieg um mehr als das Doppelte (2023: 106; 2022: 41). In den Vorjahren lagen **Propagandavorfälle** in Reinickendorf bei etwa 40 % und damit deutlich niedriger als in den anderen Bezirken. Im Jahr 2023 stieg der Anteil hingegen auf 61 %, so dass sich die Verteilung der Vorfallsarten im Bezirk an den Rest der Stadt anglich. Besonders stark stieg Propaganda, die Werbung für extrem rechte Organisationen machte (2023: 34; 2022: 10). Die meisten **Aufkleber**, die im öffentlichen Raum verbreitet wurden, stammten von der Neonazikleinpartei „Der III. Weg“, „auf1“ und der „Patriotischen Jugend“ meist mit dem Slogan "Umweltschutz ist Heimatschutz" (jeweils 9 Vorfälle). **"Auf1"** ist ein österreichischer TV-Sender, der unter anderem extrem rechte und verschwörungsideologische Inhalte verbreitet. Die meisten Aufkleber trugen die Aufschrift "Und die SCHWURBLER hatten doch recht..." oder bezogen sich auf den Verschwörungsmythos "Great Reset". Häufig waren außerdem Sticker von „Die Heimat“ (6 Vorfälle). Des Weiteren wurden Sticker von „Druck18“ und „Division Odin“, die online rassistische Aufkleber und extrem rechte Kleidung vertreiben, und Aufkleber mit der Aufschrift „Remigration“ von „aktiv.berlin“ gemeldet (jeweils 4 Vorfälle). **„Patriotische Jugend“ und „aktiv.berlin“** sind Teil eines Netzwerks von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich online als Kampfsportler darstellen. Abgesehen von der Verbreitung von Aufklebern im Umfeld des Humboldt-Gymnasiums in Tegel, in Wittenau und in Reinickendorf-Ost, inszenierten sie sich mit Bengalos und einem rassistischen Banner auf einer Autobahnbrücke und sprühten Graffiti. Im 2023 gab es wieder etwas mehr extrem rechte **Veranstaltungen**, darunter Kundgebungen der „Heimat“ gegen Unterkünfte für Geflüchtete und auch wieder Stammtische der Partei (2023: 4; 2022: 2).



Erstellt mit Datawrapper

Die Zahl der **Angriffe** sank leicht und fanden jeweils zur Hälfte in den Ortsteilen Reinickendorf und Tegel statt (2023: 6; 2022: 10). Alle waren rassistisch motiviert, einer davon antiziganistisch. Im **Bereich Beleidigungen, Bedrohungen, Pöbeleien** gab es dagegen einen starken Anstieg (2023: 38, 2022: 24). Damit wurde auch ein neuer Höchstwert erreicht (2021: 29). Die Zahl der **Sachbeschädigungen** stieg etwas, was mit zivilgesellschaftlichen Aktionen zusammenhing (2023: 4, 2022: 2). Das Zeigen der israelischen Fahne, pro-israelischer Banner oder der Regenbogenfahne wurden Anlässe für Beschädigungen. Drei von vier Fällen waren antisemitisch motiviert.

Die Fälle **struktureller Diskriminierung** sanken insbesondere wegen ausbleibender Daten im Bereich Antiziganismus (2023: 16; 2022: 22). Bei einem Großteil der Vorfälle handelt es sich um rassistische Benachteiligung (14), zwei Vorfälle waren behindertenfeindlich motiviert. Sieben Vorfälle fanden an Schulen statt und betrafen meist Schwarze Schüler*innen. Auch im Jobcenter, im Wohnungsamt und in der Justizvollzugsanstalt wurden Personen strukturell diskriminiert. So protestierten Häftlinge der JVA Tegel gegen rassistische Diskriminierung und Rechtsverstöße durch die Haftanstalt.

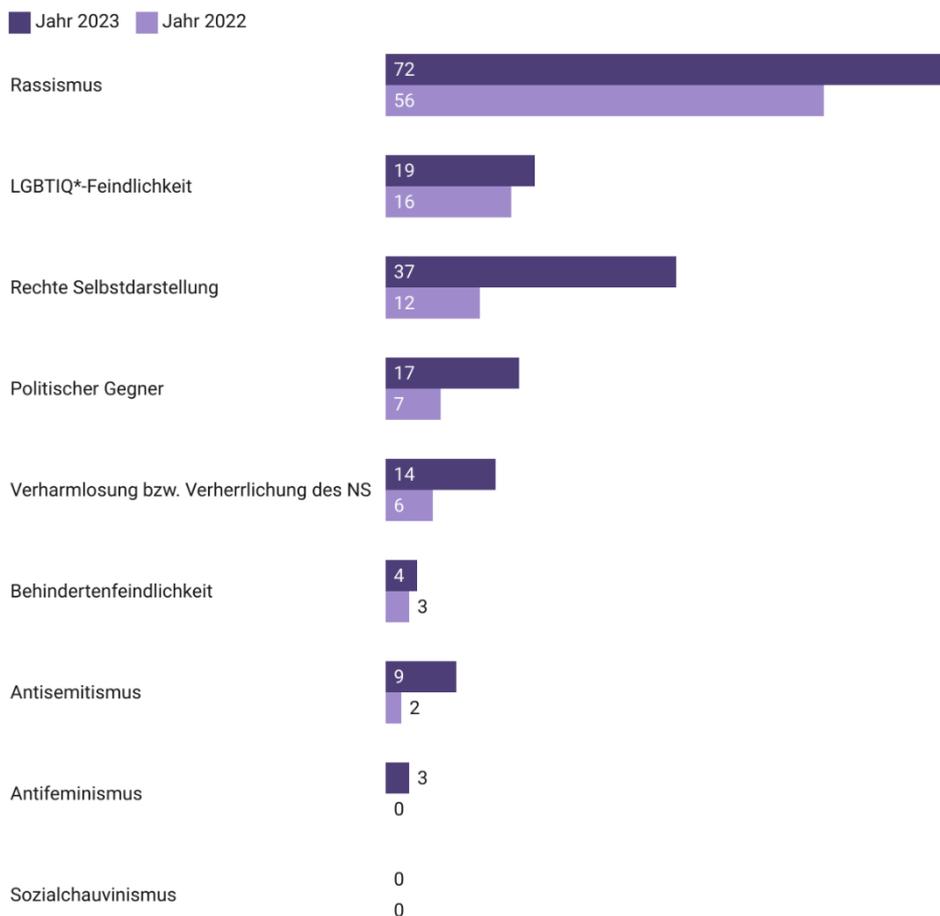
Diskriminierende Strukturen in Notunterkunft Tegel

Fünf Fälle struktureller Diskriminierung wurden aus der provisorischen Unterkunft für Geflüchtete auf dem Flughafengelände gemeldet. Sie repräsentieren jeweils eine Vielzahl von konkreten Ereignissen bzw. von dauerhaften Einschränkungen. Die dauerhafte Unterbringung in Notunterkünften ohne Privatsphäre und eigene Kochmöglichkeiten stellt ohnehin eine große Einschränkung der Menschenwürde dar. Darüber hinaus wurde über Strukturen berichtet, die Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranke und Frauen besonders hart trafen. So wurden alle Toiletten zur Reinigung gleichzeitig für eine Stunde geschlossen und der Zugang zur Behindertentoilette nur Rollstuhlfahrenden erlaubt. Die Qualität des Essens war

schlecht, die Bewohner*innen durften aber kein eigenes Essen in die Zelte bringen. Es wurde nicht ausreichend Trinkwasser zur Verfügung gestellt. Die Taschen der Bewohner*innen wurden nicht mehr nur am Eingang, sondern auch im Schlafsaal durchsucht. An zwei Tagen durchsuchten Sicherheitsleute die Taschen von Frauen, die vom Duschen kamen, und betrachteten ihre Unterwäsche. Frauen wurden generell nicht ausreichend vor sexualisierter Gewalt geschützt. Es fehlte ein Verfahren zum Anfordern von Rettungswagen, sodass Krankenhausbehandlungen verhindert wurden. Zusätzlich gab es kein funktionierendes Beschwerde-Management und keinen ausreichenden Zugang zu Beratungsangeboten. Darüber hinaus sind im Bereich Angriffe mehrere Gewalttaten durch Sicherheitsleute dokumentiert worden. In einem Fall wurde ein Kind von Security-Mitarbeitern geschlagen. Gewalt und Bedrohungen gegen kurdische Geflüchtete ging auch von anderen Bewohner*innen aus. Diese Fälle zeigen, dass Bewohner*innen dieser Form von Unterkünften besonderen Formen von Gewalt ausgesetzt sind und nicht genug Schutz erfahren.

Motive

Bei den Motiven gab es eine Verschiebung. Der Anteil der Rechten Selbstdarstellung verdoppelte sich fast (2023: 21 %, 2022: 12 %) und auch Vorfälle, die sich gegen politische Gegner*innen richteten, nahmen einen größeren Teil ein.



Erstellt mit Datawrapper

In absoluten Zahlen blieb **Rassismus weiter die wichtigste Motivkategorie**. Mit 71 Vorfällen in diesem Bereich wurden so viele Vorfälle registriert wie seit 2018 nicht mehr (2022: 56; 2018: 81). Davon wurden 48 Vorfälle dem Bereich Allgemeiner Rassismus zugeordnet (2022: 28). Im Bereich des **antimuslimischen Rassismus** wurde mit 15 Vorfällen wieder das Niveau der Vorjahre erreicht (2022: 3, 2020: 16). Darunter waren drei verbale Anfeindungen von Frauen mit Kopftuch im öffentlichen Raum, ein Drohbrief an eine Moscheegemeinde, außerdem Aufkleber, Facebook-Beiträge von „Die Heimat“ Reinickendorf und Schmierereien wie „Fight Islam“. Die neuerliche Eskalation des Nahostkonflikts stärkte auch antimuslimischen Rassismus. In einer Schule äußerte sich eine erwachsene Person, dass muslimische Menschen nicht zu Deutschland gehören und die Hamas unterstützen würden. Die Fälle von **Antiziganismus** sanken deutlich (2023: 2; 2022: 12), was damit zusammenhing, dass der Zahlenabgleich mit Kooperationspartner nicht bis zum Stichtag vorgenommen werden konnte. Im Bereich **Anti-Schwarzer Rassismus** halbierten sich die Vorfallszahlen (2023: 7; 2022: 13), die Diskriminierung Schwarzer Menschen in Reinickendorf bleibt nach Einschätzung des Registers jedoch weiter, besonders an den Schulen, ein alltägliches Phänomen. Eine Schwarze Schülerin erlebte beispielsweise innerhalb einer Woche drei rassistische Vorfälle durch Mitschüler*innen, sodass sie nicht mehr zur Schule gehen wollte. Etwa die Hälfte der rassistischen Vorfälle waren **gegen Geflüchtete gerichtet** (2023: 36, 2022: 16). Ein Großteil davon machte Propaganda aus (22 Vorfälle), Geflüchtete waren aber auch in besonderem Maße von struktureller Benachteiligung (5 von 16 Fällen) und Angriffen (3 von 6 Vorfällen) betroffen. Flüchtlingsfeindliche Inhalte spielten auch im Wahlkampf der AfD eine Rolle.

Flüchtlingsfeindliche Mobilisierung gegen Unterkünfte für minderjährige Geflüchtete

Die flüchtlingsfeindlichen Fälle hingen mit einer erneuten Mobilisierung gegen Unterkünfte in Reinickendorf zusammen. Hierbei zeigte sich, wie die Handlungen unterschiedlicher Akteur*innen – teils ungewollt – ineinandergriffen und den Raum für rassistische Stimmungsmache eröffneten. Ende August kursierten in einer Facebook-Gruppe im Ortsteil Lübars erste Gerüchte darüber, dass eine Unterkunft für minderjährige Geflüchtete eröffnet werden würde. Verschiedene Untergangsszenarien wurden dort artikuliert. Einen Tag später fand, sehr spontan, eine Informationsveranstaltung des Senats statt, bei der Anwesende sich ungebremst rassistisch äußern konnten. Eine Woche darauf wurden in Lübars rassistische Flugblätter der Partei „Die Heimat“ (NPD) gegen die Unterkunft verteilt. Etwa zeitgleich veröffentlichte ein Reinickendorfer AfD-Politiker einen Beitrag auf Facebook, der sich gegen die Eröffnung einer weiteren Unterkunft für minderjährige Geflüchtete im Ortsteil Reinickendorf richtete. Unter der Überschrift „Nein zum Asylantenheim!“ wurde geschrieben, dass die Straße „nicht zu einem Brennpunkt werden“ dürfe und dem Träger Profitinteressen unterstellt. Zwei Tage später fand eine weitere Veranstaltung des Senats mit Bezug auf die dort erwähnte Unterkunft statt. Teilnehmende unterstellten den Geflüchteten pauschal Betrug und Kriminalität. Unter den Teilnehmenden waren auch Anhänger von „Die Heimat“. Der anwesende Staatssekretär äußerte viel Verständnis für die Wut über die Eröffnung der Unterkunft. Mitte Oktober lud ein Mitglied des Abgeordnetenhaus zu einer Nachbarschaftsversammlung in Reinickendorf-Ost, um über die vermeintlichen Probleme rund um die Unterkunft zu sprechen. Die Jugendlichen und die Mitarbeiter*innen der Unterkunft standen unter permanenter Beobachtung der Nachbar*innen und Rechtfertigungsdruck. Durch Versammlungen wie diese wurden

Resonanzräume geschaffen, in denen rassistische Ressentiments geäußert und bestärkt werden konnten. Am 21. Oktober veranstaltete „Die Heimat“ schließlich an drei Standorten in der Nähe von Unterkünften für minderjährige Geflüchtete kurze Kundgebungen, bei denen eine Handvoll Anhänger flüchtlingsfeindliche Banner hochhielten.

Wie überall in Berlin stiegen auch in Reinickendorf die **antisemitischen Vorfälle** nach dem Massaker der Hamas und der Verschleppung von Geiseln in Israel am 7. Oktober an (2023: 9; 2022: 2). Fünf von 9 Vorfällen fanden danach statt. Unter anderem wurden Zeichen der Solidarität mit Israel beschädigt und israelfeindliche Aufkleber des „III. Weg“ verteilt.

Besonders stark waren die Anstiege im Bereich der **Rechten Selbstdarstellung** (2023: 37; 2022: 12). Dazu zählten beispielsweise Aufkleber mit der Aufschrift „Jung, deutsch, kampfbereit“. Auch Vorfälle, die sich **gegen politische Gegner*innen** richteten, nahmen weiter zu und erreichten einen neuen Höchststand (2023: 17; 2022: 7). Im letzten Jahr war die gesellschaftliche Stimmung insgesamt aufgeheizt. Die Polarisierung in den Themenbereichen Klimakrise, geschlechtliche Vielfalt und Gleichberechtigung schlug sich im lokalen Kontext nieder. Durch das Verteilen der eigenen Propaganda machten verschiedene Gruppierungen nicht nur Werbung für sich, sondern versuchten die Deutungshoheit im öffentlichen Raum zu erringen. Sie markierten auch gegnerische Orte wie die Schaukästen evangelischer Kirchen oder von SPD- und CDU-Ortsverbänden mit rassistischen und queerfeindlichen Aufklebern und Schmierereien. Auffällig ist, dass an den Kästen der Parteien auch Aufkleber angebracht wurden, die gegen die Partei Bündnis 90 / Die Grünen bzw. gegen die Kirche gerichtet waren. Auf anderen Aufklebern wurden antifaschistische Aktivist*innen als „Zecken“ entmenschlicht und zu Gewalt gegen sie aufgerufen. Die Partei Die Linke erhielt außerdem ein Schreiben, in dem sie beleidigt und bedroht wurde. So versuchten die Täter*innen das Eintreten für Antidiskriminierung und Klimaschutz zu diffamieren und politische Gegner*innen einzuschüchtern. Diese gezielten Aktionen richteten sich gegen einzelne politische Akteur*innen, aber rassistische und queerfeindliche Aufkleber signalisieren Angehörigen von Minderheiten generell, dass der öffentliche Raum für sie unsicher sei.

Auch der Anstieg in anderen Motivkategorien hing mit Propaganda im Straßenraum zusammen. Die Zahl der **NS-verherrlichenden Vorfälle** erhöhte sich um mehr als das Doppelte (2023: 14; 2022: 6). Sechs davon waren Hakenkreuz-Schmierereien. Auch die **antifeministischen Vorfälle** (2023: 3; 2022: 0) gingen auf Aufkleber im öffentlichen Raum zurück.

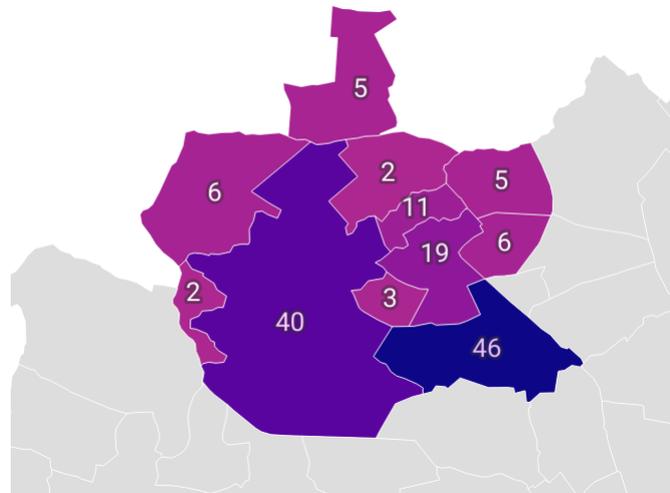
LGBTIQ*-feindliche Vorfälle stiegen nur leicht an (2023: 19; 2022: 16). Fünf davon waren Aufkleber, die im Zuge des „Stolzmonat“ angebracht. Dabei handelte es sich um eine Kampagne gegen den Pride Month im Juli, die von Mitgliedern der AfD und extrem rechten Akteur*innen getragen wurden. Mehr als die Hälfte waren Beleidigungen und Pöbeleien (10 Vorfälle). Sie fanden im öffentlichen Nahverkehr, aber auch im schulischen Umfeld statt. Personen, die als queer wahrgenommen wurden, waren somit von allen Betroffenen Gruppen am stärksten von verbalen Anfeindungen betroffen.

Fälle von **Behindertenfeindlichkeit** (2023: 4; 2022: 3) wurden nur sehr selten, von **Sozialchauvinismus** gar nicht gemeldet (2023: 0; 2021: 0). Das hat unterschiedliche Gründe. Strukturelle Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten sind im Alltag überall gegenwärtig, erscheinen daher aber nicht als einzelner, abgrenzbarer Vorfall. In einem Fall weigerte sich beispielsweise eine Grundschule, eine Rampe zu errichten, so dass ein Kind vom Hortangebot ausgeschlossen wurde. Betroffene, die ständig mit Diskriminierung konfrontiert sind, haben häufig keine Energie dafür, diese auch noch zu dokumentieren. Das gilt erst recht für Personen, die von Sozialchauvinismus betroffen sind, also beispielsweise wohnungslos oder

drogenabhängig sind. Zusätzlich sind die Netzwerke des Registers in diesen beiden Bereichen noch nicht so gut ausgebaut.

Ortsteile

Erstmals wurden im Jahr 2023 aus allen Reinickendorfer Ortsteilen Vorfälle gemeldet. Spitzenreiter waren wie in den Vorjahren die Ortsteile Reinickendorf und Tegel. Hier verdoppelte sich die Zahl der Vorfälle mindestens (2023: 46; 2022: 20 bzw. 2023: 40; 2022: 20). Art und Inhalt der Vorfälle unterschied sich in beiden Ortsteilen jedoch stark. Im **Ortsteil Reinickendorf** verdreifachten sich die Fälle verbaler Anfeindungen (2023: 16; 2022: 5) und machten mehr als ein Drittel aller Vorfälle in dieser Kategorie aus. Die Propaganda stieg noch stärker auf 23



Vorfälle an (2022: 6). Meist handelte es sich um Werbung für „Auf1“ oder für völkischen Umweltschutz, die rund um den Franz-Neumann-Platz bemerkt wurde. In **Tegel** stiegen die Propagandafälle ähnlich stark an (2023: 27; 2022: 5). Allein 7 davon wurden im Umfeld der Hatzfeldallee bemerkt. Im Gegensatz zum Ortsteil Reinickendorf gab es mit drei Vorfällen weiter wenig Beleidigungen und Pöbeleien (2022: 3). In Tegel fiel hingegen die Lagerunterbringung von Geflüchteten auf dem ehemaligen Flughafengelände ins Gewicht. Alle drei Angriffe, eine Bedrohung sowie 5 von 6 Fällen struktureller Diskriminierung im Ortsteil ereigneten sich dort.

In **Wittenau** stieg die Fallzahl nur leicht (2023: 19; 2022: 16). Drei Vorfälle betrafen Debattenbeiträge in bzw. Äußerungen am Rande der Bezirksverordnetenversammlung durch AfD-Politiker. Im **Märkischen Viertel**, das früher unter den Ortsteilen mit den meisten Vorfällen war, sank die Zahl weiter (2023: 6; 2022: 11). Viermal kam es zu verbalen Anfeindungen. In Frohnau sank die Zahl der gemeldeten Vorfälle (2023: 5 ; 2022: 10), in Hermsdorf blieb es bei 2 Vorfällen. An Schaukästen im Zentrum von **Frohnau** wurden Parolen gegen den Islam und die Grünen geschrieben. In derselben Schrift wurde am S-Bahnhof **Hermsdorf** zum Mord an Robert Habeck aufgerufen.

Besonders auffällig war der Anstieg in Ortsteilen mit Randlage wie Heiligensee (2023: 6; 2022: 0) oder Lübars (2023: 5; 2022: 1). In **Heiligensee** wurden Mitglieder der Falken mit „Sieg Heil“-Rufen angepöbelt, Hakenkreuze auf den Informationskasten einer Kirche geschmiert und neben einer Schule in den Schnee gemalt. In **Lübars** verteilten Neonazis von „Die Heimat“ und „Der III. Weg“ verstärkt Propaganda. Drei der Vorfälle im Ortsteile richteten sich gegen die neue Unterkunft für minderjährige Geflüchtete dort. In Lübars und Heiligensee verteilten Anhänger*innen des „III. Wegs“ antiziganistische Flugblätter mit dem Titel „Achtung Einbrecher“. Es wird deutlich, dass Neonazis auch in diesen ruhigen Stadtteilen mit Einfamilienhäusern und überdurchschnittlich hohen Einkommen aktiv sind. Auch in **Waidmannslust** ist der Anstieg von 2 auf 13 Vorfälle auf Aufkleber vom „III. Weg“ und anderen Neonazis zurückzuführen, die regelmäßig um den S-Bahnhof Waidmannslust verklebt, von engagierten Passant*innen entfernt und wieder geklebt wurden. Zusammen mit weiteren Schmierereien wurden 9 Vorfälle an diesem Bahnhof dokumentiert.

In Borsigwalde (3), Hermsdorf (2) und Konradshöhe (2) wurden weiter die wenigsten Vorfälle dokumentiert. Außerdem waren wie im Vorjahr 15 Vorfälle **bezirkswweit** bzw. ihr Ortsteil unbekannt oder zum Schutz der Betroffenen anonymisiert. Darüber hinaus wurden 15 **Internet-Vorfälle**

dokumentiert (2022: 3). Den Großteil machten Beiträge von „Die Heimat“ auf Facebook aus, die oft flüchtlingsfeindlich und antimuslimisch-rassistisch, aber auch transfeindlich oder NS-verherrlichend waren (10 Vorfälle). Mehrfach wurde hier Bezug auf die ehemals deutschen Gebiete im heutigen Polen genommen und die Alliierten für die Zerstörung im Zweiten Weltkrieg verantwortlich gemacht. Einige der Posts bezogen sich auf Reinickendorf, positionierten sich gegen eine Unterbringung von Geflüchteten am Paracelsusbad und die Neueröffnung eines interkulturellen Zentrums. Bewohner einer neuen Unterkunft für minderjährige Geflüchtete und Migrant*innen im Märkischen Viertel wurden als kriminell dargestellt.

Ausblick

Ein Blick auf die Vorfälle im ersten Quartal 2024 zeigt, dass sich der Trend zum Anstieg der Vorfälle in Reinickendorf weiter fortsetzt. Im März brannte eines der Schlafzelte für Geflüchtete auf dem Flughafengelände ab und lenkte die mediale Aufmerksamkeit kurz auf die Unterkunft. Bis Anfang April wurden bereits sechs Fälle struktureller Diskriminierung mit Bezug auf diese Einrichtung dokumentiert. Die andauernde menschenunwürdige Unterbringung dort wird das Register Reinickendorf auch in diesem Jahr weiter beschäftigen.

Die „correctiv“-Recherchen über die Vertreibungspläne extrem rechter Netzwerke lösen auch bei Reinickendorfer*innen mit Migrationsgeschichte Ängste aus, wie wir aus persönlichen Gesprächen wissen. Es ist tatsächlich zu befürchten, dass sich die steigende Zustimmung für rassistische Positionen in einer größeren Bedrohung von Minderheiten im Alltag ausdrücken wird. Zu beobachten sein wird außerdem, inwiefern sich extrem rechte Jugendgruppen im Bezirk etablieren und mit Neonazis von „Die Heimat“ und „Der III. Weg“ Kooperationen eingehen werden.

Impressum

Herausgeber*in:

Projektkoordination
Registerstelle Reinickendorf

Stiftung SPI
Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung
Heiko Wichert (Geschäftsbereichsleitung)
Frankfurter Allee 35-37, Aufgang C
10247 Berlin

E-Mail: register-rd@stiftung-spi.de

Telefon: 0152.282 45 37

Web: <https://www.stiftung-spi.de/projekte/register-rd/>

<https://berliner-register.de/reinickendorf>

